

England wie Frankreich um die Seele Italiens bei Verfolgung ihrer beiderseitigen Reparations- und Ruhezustand werden und es keineswegs vor den Kopf stoßen wollen, sind sie unerschütterlich, was tun und begünstigen () vorläufig mit halber Maßregeln. Besonders England soll gegen die von Mussolini angeführten Sanktions- und Reparationsforderungen gewisse Einwendungen erhoben haben. Andererseits stellt auch der „Karin“ fest, daß infolge des Chaos, in dem sich Griechenland befinde, seine unheilvolle Finanzlage ihm nicht gestatten, den materiellen und finanziellen Forderungen Italiens Folge zu geben. Man versucht es daher, zunächst einmal mit einem leichten Druck in Rom, sowohl wie in Athen maßigend einzuwirken. Nach dem „New-York Herald“ soll England sich inoffiziell bemühen, in Athen beruhigend zu wirken, während die Franzosen daselbst in Rom tätigen. Als letztes Mittel zur Verhinderung eines kriegerischen Zusammenstoßes denkt man an die Einsetzung des Völkerbundes, der ja bei drohender Kriegsgefahr zwischen einzelnen Mitglieder sachungsgemäß zur Entscheidung berufen ist. Wenn irgend möglich, möchte man aber auf den Völkerbundentscheid verzichten, da es dann leicht möglich wäre, daß England oder Frankreich gegenüber den Forderungen Italiens einen ablehnenden Standpunkt offen bekennen müßten, was im französisch-englischen Spiel um Klein und Ruhr Italien dann naturgemäß zum Bundesgenossen des Gegenübers machen würde.

Belagerungszustand über Griechenland.

Paris, 1. Sept. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ über Griechenland der Belagerungszustand verhängt worden.
Paris, 1. Sept. Die Agence de Athene veröffentlicht folgende Note: Auf den Schritt des italienischen Gesandten hat der Minister des Aeußern erwidert, daß die Besetzung des Gebietes eines unabhängigen Staates nur als ein feindseliger und vollkommener ungerechtfertigter Akt betrachtet werden könnte, der eine offensichtliche Verletzung der von Italien übernommenen Verbindlichkeiten darstelle, da Griechenland sich bereits an den Völkerbund gewandt und ihn gebeten habe, die Frage einer Prüfung zu unterziehen. Die griechische Regierung hat ihren diplomatischen Vertretern den Auftrag gegeben, bei den Mächten gegen das Vorgehen Italiens zu protestieren. Die griechische Regierung hat nicht die Absicht, diesen provokativen Akt zu beantworten, da sie davon überzeugt ist, daß der Völkerbund, an den sich Griechenland unter Berufung auf Artikel 11 des Völkerbundvertrages schon heute gewandt hat, das Vorgehen der italienischen Regierung beurteilen wird. Man stellt vor allem fest, daß, nachdem die italienische Gesandtschaft um 12 Uhr mittags das Ministerium des Aeußern benachrichtigt hatte, daß sie um 3 Uhr eine neue Note überreichen würde, die eine vollständige Freistadt gebe, die italienische Flotte schon um 4 Uhr nachmittags zur Besetzung von Korfu geschritten ist. Man hebt weiter hervor, daß die italienische Flotte gegen eine offene, unverteidigte und außerdem durch den Vertrag von 1913 unter die Garantie der Mächte gestellte Stadt gefeuert hat. Griechenland, obwohl klein, hätte auf diesen feindseligen Akt Italiens antworten können und müssen. Es hat aber vorgezogen, sich an den Völkerbund zu wenden, an den Appell, der zur Verhütung der Ausübung der Souveränität und der Eore aller Länder gegen jeden Zwang eingerichtet worden sei. Wenn aber die Intervention des Völkerbundes sich als ohnmächtig herausstellen sollte, dann wäre Griechenland, durch die Verwirrung getrieben, gezwungen, sich gegen die italienische Invasion zu verteidigen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 1. Sept. (Der Milliardenchein.) Der 500-Millionschein ist in Arbeit und in der Tat wird schon der Milliardenchein angehängt. Demnach rechnet die Reichsbank mit einer Fortdauer und Verstärkung der Geldentwertung und richtet sich beiseiten darauf ein. Vor einem Jahr war im täglichen Verkehre noch der Hundertter das herrschende Zahlungsmittel; bei größeren Geschäften trat der Tausender in sein Recht, aber der damals gerade aufgekommene 20-Tausendmarkschein wurde noch wie ein Wundertier angesehen. Gegenwärtig ist der Millionschein im Fluß, der von dem Milliardenchein abgelöst werden soll. Wo ist da noch ein Ende?

Württemberg.

Stuttgart, 1. Sept. (Straßenbahnprozeß.) Das Schöffengericht verhandelte gegen 21 Straßenbahnner wegen Nötigung und Beleidigung. Ende April d. J. wurde unter

Magnus Wörland und seine Erben

Roman von Günther von Hohenfeld

Hier ist nur ein Akzept Schröder und Scholz über dreitausend auf Leipzig und Jaleski u. Co., Warschau, überlassend. Die beiden habe ich selbst hineingelegt und dann ein vollkommen leeres Akzeptformular. Wie kommt denn das hier hinein?

„Ein leeres Akzeptformular?“

„Hier sehen Sie!“

„Ja, so sah das Formular des Wechsels aus.“

Der Justizrat mischte sich ein.

„Bitte, sehen Sie doch die ganze Mappe durch.“

Er war stierbhaft erregt.

„Nicht da. Wir haben nur wenige Wechsels.“

„Und ich weiß ganz bestimmt, daß ich das Akzept, nachdem Sörensen gegangen war, noch einmal durchgesehen und dann in die Wechselsmappe verschlossen habe. Sie haben ihn wirklich nicht, lieber Sörensen?“

„Ich habe die Mappe gar nicht berührt.“

„Das ist denn doch über alle Begriffe!“

Justizrat Schumann war feuerrot.

„Das ist genau, wie bei meinem Brief. Ich weiß, daß ich ihm den Schrank legte. Er ist fort und dafür ein leeres Stück Papier da. Sie wissen, daß Sie das Akzept in die Mappe legten; jetzt ist ein leeres Formular da.“

Der Senator schüttelte den Kopf.

„Zufall, aber ein ganz unglaublicher Zufall.“

Schumann schrie fast.

„Erinnern Sie sich, Ihr Neffe behauptete eine Quittung von dem sogenannten Vergnügen zu haben und einen Brief von Jemessen. Und auf der Quittung war keine Unterschrift, auf dem Briefbogen war gar nichts.“

„Sie meinen, das hängt zusammen?“

„Ich weiß nicht, ich weiß gar nichts. Aber ich habe keine Zauberei.“

„Wie sieht denn die Quittung aus?“

„Anjahn, können doch nicht restlos verschwinden.“

der Belegschaft abgestimmt, ob der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert werden sollte. Die Abstimmung ergab 558 Stimmen für völlige Arbeitsruhe, 347 für teilweise Durchführung des Betriebs und 146 Stimmen gegen jede Beschränkung des Fahrplans. Die Direktion ordnete aber an, daß am 1. Mai gefahren werden müsse. Dem Betriebsrat gelang es, die Rücknahme der Verordnung zu erzielen. Wer feiern wollte, durfte es tun. Im Depot Berg waren vor 6 Uhr früh etwa 40 Feiern erschienen. Als der Wagenführer Beck um 6 Uhr ausfahren wollte, standen die Leute auf den Schienen. Beck brachte daher den Wagen zum Stehen. Mehrlich ging es laut „Schwäb. Tagm.“ in Ostheim, wo der Kontrolleur Schnabel nur dadurch einen Straßenbahnwagen zur Ausfahrt gebracht hat, daß er die sich Anstimmenden mit dem Wagen förmlich vorwärtsjog. Das Urteil lautete folgendermaßen: Im Fall Berg werden fünf Angeklagte wegen vollendeter Nötigung zu je 5 Millionen Mark, im Fall Ostheim wegen versuchter Nötigung zu je 4 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Zwei Angeklagte wurden wegen Beleidigung zu je 2 Millionen verurteilt, die übrigen freigesprochen.

Stuttgart, 1. Sept. (Ein großer Unfall.) Im Eisenbahnzug von Stuttgart nach Ehlingen wurden am Mittwochabend massenweise echte 1000-Markscheine verteilt, die auf der Rückseite folgende gedruckte Aufschrift zeigten: B. B. Behreun und, unierer geehrten Kundschast mitzuteilen, daß wir die durch Liquidation erlebte Firma Cuno & M. v. H. mit dem heutigen Tage übernommen haben. Wir führen die Firma weiter unter dem Namen Hilferding und Strejemann, Altpapier- und Lumpenhandlung und bitten das unserem Vorgänger geschenkte Vertrauen auch uns entgegenzubringen. Zeichen ergebnst Hilferding und Strejemann. — Was das auch sein soll, ein „Bitt“ oder politische Propaganda, jedenfalls ist es ein großer Unfall, der keines Kommentars bedarf.

Stuttgart, 1. Sept. (Todesfall.) Der ehemalige erste Bürgermeister von Schlettstadt, dann zweiter Bürgermeister von Straßburg Dr. Gehrenberger, der nach dem Kriege zu uns als Sondikus des Verbandes Württ. Holzindustrieller kam und sich als solcher große Verdienste erworben hat, ist am Herzschlag gestorben.

Stuttgart, 1. Sept. (Blauere Trauben.) Wie man dem Neuen Tagblatt mitteilt, waren gestern im Gewand „fallert bereits schon gefärbte Trauben zu sehen. Gutes Wetter vorausgesetzt, ist der Weinherbst in 5-6 Wochen zu erwarten.

Ludwigsburg, 1. Sept. (Fabrikdiebstahl.) Landjäger Lauer besuchte in Jühl eine Wertschast. Dabei fiel ihm ein verdächtiger Getuschel zweier junger Burschen auf. Nach halter er den Eindruck, als ob einer von diesen einen Gegenstand unter seiner Kleidung verborgen halte. Durch rasches Vorgehen gelang es ihm, einen Dieb festzunehmen, der unter seiner Kleidung ein in der Fabrik gestohlenes wertvolles Fell und in dessen Wohnung auch noch weitere gestohlene Gegenstände vorgefunden wurden.

Heilbronn, 1. Sept. (Gute Einnahme.) In Klein wurde für das Gemeindefest über 2 Milliarden ebracht. Die Geldentwertung und Teuerung ergibt sich aus folgenden Beispielen: Im Frühjahr kaufte jemand hier einen Inappen halben Morgen Obstgarten um 15 Mill. als Bauplatz und hat jetzt allein für das Obst auf einem Aker der Bäume 47 Millionen ebracht.

Obernberg, 1. Sept. (Notgeld.) Die Amtsforperschaften Notzell, Oberndorf, Spaichingen, Sulz und Luttlingen haben gemeinschaftliches Notgeld im Betrage von zunächst 100 Milliarden in Scheinen zu 100 000, 500 000 und 1 Million Mark ausgegeben.

Burgach, 1. Sept. (Scheckfälscher.) Ein junger Bursche aus der nächsten Umgebung suchte mit einem auf 50 Millionen Mark lautenden Scheck in einem Schuhgeschäft 1 Paar Schuhe zu kaufen und erhielt diese auch ausgefolgt. Bei näherer Prüfung des Schecks ergab sich, daß er ge-

„Wir müssen sofort zum Gericht. Das Formular, den leeren Briefbogen mitnehmen. Aber das ist ja Wahnsinn. Der eine war von meinem Neffen und in ten Winkels West, das Akzept hat Sörensen geschrieben.“

„Wer weiß?“

Die Frau Senator schickte das Mädchen.

„Wir kommen.“

Der Justizrat sahte den Senator unter den Arm.

„Wir müssen zu Ihrer Frau. Und vorläufig kein Wort von der Affäre mit Magnus. Wer weiß, vielleicht klärt sich alles ganz anders auf.“

„Aber Magnus, ich bin wohl gar nicht mehr für dich da?“

Frau Theresie schmolte.

„Vergehung vererbte Freundschaft, ich... Es haben sich merkwürdige Dinge ereignet.“

„Schlimmer?“

„Vielleicht. Vielleicht auch sehr gute. Vorläufig erlauben Sie mir, und nicht nur mir, sondern auch Ihrem Vatten, darüber zu schweigen.“

„Betrifft es Mag.“

„Nein Sörensen.“

„Den Durchbrenner. Die ganze Zeitung steht voll.“

„Und bitte, geben Sie Ihrem Vatten etwas zu essen.“

„Das Mittag wartet. Sie essen doch einen Kessel mit?“

„Aber gerne!“

Der Justizrat sprach wie ein Wasserfall. Er hatte Angst, daß sich Wörland verplappern würde. Und zudem war er auf einmal gelautet und wußte eigentlich selbst nicht, weshalb. Nach Wörland war zum wenigsten wieder lebhaft, wenn auch zerschredt.

„Sie sehen schnell.“

„Und nun zum Gericht.“

„Armer Magnus, wie du abgepannt aussehst.“

„Das hilft nichts, verehrte Freundin. Wenn wir heimkommen, können Sie ihn pöppeln.“ meinte der Justizrat.

„Sie fahren auf das Gericht; der Konkursrichter war noch da.“

fälscht war und ursprünglich nur auf 1 Milliarde gebracht hatte. Der Fälscher ist ermittelt und die Schuhe sind beibracht.

Heidenheim, 1. Sept. (Eigene Mühle.) Die Landwezu- und Abfahrgenossenschaft Heidenheim hat das alte, den Ueberlandwerken Heuchlingen-Pachzeggel ersetzte Mühle umbauen und mit den neuesten Maschinen zu Zwecken einrichten lassen. Die Mühle wird demnächst in Betrieb genommen.

Kalen, 1. Sept. (Folgeschwere Verwechslung.) Ein Lehrersfrau befand sich in einer Klinik in Tübingen und war bereits so gut, daß sie auf baldige Entlassung durfte und ihre Angehörigen schon davon verständigte. Da verwechelte am letzten Sonntag ihre Pflegerin am gleichen Tag der Tod der erst 50-jährigen Frau um die ein Familienvater und 5 Kinder trauern.

Heberhauslingen, 1. Sept. Der Weinbau berichtet: Konstant Grün und zeigen ein gutes Wachstum. Die Entschäuber der Trauben hat gute Fortschritte gemacht; frühe Entschäuber zeigen Ende August reife bezw. gefärbte Weizen. Der dem derzeitigen Stand wird die zu erwartende Menge auf ein Drittel des vorjährigen Ertrags zu orientieren sein; Glückherbst mit höheren Erträgen werden in Weinbaubereichen zu finden sein. Noch Mitte August der Hektoliter 1922 er 50-100 Millionen Mark, im 200-300 Millionen Mark. Rekordzahlen stellte die Zoll. Kammer in Stuttgart auf, die auf ihre Preissteigerung am 20. August folgende Preise erzielte: Weizen bis 2040 000 Mark die Flasche zu 1/4 Liter. Die Preise sind bereits wieder überholt.

Groß-Stuttgarter Zeitungspreise vom 3.-8. September

Stuttgarter Neues Tagblatt	1 140 000 Mark
Schwäbische Zeitung	1 140 000 Mark
Schwäbischer Merkur	950 000 Mark
Schwäbische Tagwacht	950 000 Mark
Süddeutsche Arbeiterzeitung	950 000 Mark
Württembergische Zeitung	930 000 Mark
Deutsches Volksblatt	930 000 Mark
Ehlinger Zeitung	870 000 Mark
Canntatler Zeitung	840 000 Mark
Untertürkheimer Zeitung	840 000 Mark
Ehlinger Volkszeitung	840 000 Mark
Ludwigsburger Zeitung	810 000 Mark

Baden.

Pforzheim, 31. August. Gestern morgen fand die Eheleute Konditor Segebach im Schlafzimmer auf dem Boden liegend. Die Frau war tot und der Mann bestimmungslos. Der Mann wurde sofort ins Krankenhaus gebracht und befindet sich auf dem Wege der Besserung. Die Ursache der Frau ist noch nicht festgestellt. Man nimmt an, daß die Frau sich eine Vergiftung durch Tollkirschen oder andere schädliche Beeren zugezogen hat. Eine fröhliche Danbung scheint ausgeschlossen. Dazu wird noch weiter gemeldet: Die Angelegenheit des Ehepaars Segebach hat sich jetzt soweit aufgelöst, daß bestimmt Vergiftung durch Tollkirschen festgestellt worden ist. In dem zur Untersuchung und Karlsruhe eingesandten Magen der Frau Segebach wurden noch Reste von Tollkirschen gefunden. Offenbar hat sie bei einem Ausflug in den Wald von den Obstbäumen gegessen, die sie mit eßbaren Beeren verwechelte. Die Tollkirschen sind der gefährlichsten Giftpflanzen, in Laubbäumen vorkommend, hat einen 1,5 Meter hohen ästigen Stängel, förmige, zugespitzte lanzettförmige Blätter und glänzend schwarze sauerfrüchtige Beeren, die Atropin enthalten, von dem schon 0,1 Gramm tödlich wirkt. Der Gemü-

„Ja, das ist böse, wenn Sie den Wechsel nicht haben.“

„Zum Glück, es ist weit verzäubert.“

Sie erzählten die beiden Fälle.

„Selbst, meine Herren. Über sollte nicht doch Verantwortlichkeit vorliegen?“

Die Tür wurde aufgerissen und der kleine Reeder Weller kam mit purerem Kopf, der schoff von den schneeweißen Haaren abstrich, hereingerast.

„Verzeihen Sie, lieber Herr Amtsgerichtsrat, verzeihen Sie, meine Herren, mir ist etwas passiert.“

„Er war außer Atem.“

„Konkurs Sörensen! Ich hatte Forderung! Ueber hunderttausend! Ihnte es schon seit Tagen. Am Morgen vor seiner Flucht war ich bei ihm. Da war ja noch kein Konkurs. Ich wollte eine Sicherheit. Er bot mir an, sein Wohnhaus zu übernehmen. Nun — ist nicht schlecht. Zwar belastet, aber es wäre noch gegangen. Also, er schreibt die Uebertragung, auf einen Stempelbogen. Ich hatte ihn mitgebracht. Hier — auf dem Stempelbogen.“

Er zeigte ein zusammengefallenes Blatt.

„Vor meinen Augen hat er es geschrieben und unterschrieben. Und dann fuhr er nach Hause und schloß das Papier in den Geldschrank. Gestern, wie der Konkurs ausgesprochen wurde, war ich verzeift. Eden konnte ich zurück, will die Forderung anmelden, da — sehen Sie — der Bogen ist da, aber leer! Leer! Verstehen Sie? Und es ist derselbe Bogen, den ich hatte auf der Rückseite ein Kreuz mit Meißel gemacht. Da ist der Bogen, derselbe Bogen, ich kann es beschwören, und er ist leer.“

„Sie auch?“

„Aus einem Mund hatten der Justizrat und der Senator gesprochen.“

„Was heißt Sie auch?“

Der alte Herr Weller war in einen Stuhl gesunken und schloß sich erschöpft die Ellen. Der Amtsgerichtsstand auf.

(Fortsetzung folgt)

an Rhein und Ruhr zu geben. Wir sind bereit, auch die schwersten materiellen Lasten auf uns zu nehmen, um zu diesem Ziele zu kommen. Wir sind bereit, auf den Boden der Stellung produktiver Völker zu treten. Wir haben Reichsbesitz und Privatwirtschaft als Völker zur Grundlage unserer tatsächlichen Reparationsleistungen dargeboten. Frankreichs Völkerverpflichtung besteht sich auf die Schaffung einer internationalen Bahngesellschaft, auf die Übertragung deutscher Bergwerke an der Ruhr. Wenn Frankreichs Ziele nicht politische sind, sondern auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet liegen, so dünkt es mich, daß die Garantie des deutschen Eisenbahnbesitzes und der gesamten deutschen Wirtschaft dem Herausreichen einzelner Teile aus diesem Gesamtkomplex mindestens gleichwertig seien. Mit den Grundlagen des deutschen Memorandums seien die Lösungsmöglichkeiten nicht erschöpft. Jede Fortführung der Diskussion werde die Reichsregierung dankbar begrüßen. Der Gegensatz zwischen Forderung und Leistungsfähigkeit werde bei der Lösung des Reparationsproblems nur überbrückt werden können durch eine wirtschaftliche Verbundenheit der Völker, die in den Verhältnissen ihrer Industrien auf einander angewiesen sind. Deutschland kann seine Reparationsverpflichtungen zunächst nur als Zinsenverpflichtung aufnehmen. Will man diese Zinsenverpflichtungen kapitalisieren, so kann das nur auf dem Wege einer internationalen Anleihe geschehen, für die die deutschen produktiven Völker haften. Aber erst, wenn die Welt sich darüber klar ist, daß die Verbindlichkeit des Rückzahlens gleichzeitig der Anfang einer neuen Friedensära ist, werden die Alliierten im Verein mit Deutschland die Anleiheverträge lösen können, die zur Befriedigung Europas vielleicht erbitlich, die zur Fortführung eines Fortschritts aber niemals zur Verfügung stehen wird. Im Besitz seiner Souveränität und seiner wirtschaftlichen Ressourcen, die es in dem angebotenen Maße für Reparationsverpflichtungen zur Verfügung stellt, würde Deutschland bei Absperrung dieser Grundstoffe wohl in der Lage sein, die Garantie der Zinsenverpflichtung zu übernehmen, auf die sich alsdann eine Weltanleihe für den europäischen Frieden aufbauen könnte. Wenn es sich darum handelt, daß die am Rhein interessierten Staaten sich vereinigen sollen, um die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes auf eine zu bestimmende Zeit sich gegenseitig zu sichern, so wird Deutschland jederzeit bereit sein, einem solchen Bündnis beizutreten. Ein wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland wird für die Durchführung solcher Friedensideen die denkbar größte Friedenssicherheit bieten. Eine Verhinderung Deutschlands, oder der Versuch einer wirtschaftlichen oder verkehrstechnischen Beherrschung seiner Grenzgebiete würde dem Geist eines solchen Abflusses dauernd entgegenwirken. Man will die Eröffnung offizieller Verhandlungen abhängig machen von der Wiederherstellung der Arbeit im Ruhrgebiet. Jeder ehrliche Mensch im Ruhrgebiet und am Rhein sehnt sich nach der Stunde, in der diese blühenden deutschen Lande der alten regen wirtschaftlichen Tätigkeit wiedergegeben werden. Diese Stunde wird gekommen sein, wenn wir die Sicherheit haben, daß auf der Grundlage der deutschen produktiven Handlungen die Lösung des Konflikts möglich ist, die der Sinn unseres passiven Widerstandes war. Wir sind bereit zu schweren materiellen Opfern, aber wir sind nicht bereit, die Freiheit deutschen Bodens irgend jemandem preiszugeben. (Sehr starker Beifall.)

Im zweiten, innerpolitischen Fragen gewidmeten Teil seiner Rede machte der Reichskanzler aus dem Zustand höchster wirtschaftlicher Not Deutschlands wieder dem Ausland noch dem Ausland gegenüber ein Bitt. Die Ausfuhr sei in wenigen Monaten von 600 Millionen auf 105 Millionen Goldmark zurückgegangen (vor dem Krieg 10 Milliarden Goldmark). Deutschland sei ohne Ruhr und Rhein nicht lebensfähig. Die Wehrpflicht gelte wie für den Besitz auch für die Arbeiter und Beamten. Die verlangten Opfer seien in den heutigen anormalen Zeiten eine Notwendigkeit. Heute habe niemand Anspruch darauf, daß ihm der Staat den Zuwachs des Besitzes garantiere. Was die Wehrpflicht der Arbeit anbelange, so brauche man da, wo lebenswichtige Notwendigkeiten des Staates vorliegen, die Wehrarbeit für das allgemeine Wohl. Die Reichsregierung habe der Kritik gegen das deutsche Beamtenamt fern, aber der Staat müsse auch in dieser Frage zuerst an sich selber denken.

Die Regierung werde die Staatsautorität durchsetzen. Die Gegenleistung des Staates für diese Wehrpflicht bestehe in der Schaffung von Sicherheit und Ordnung im Innern. Zur Steuerfrage bemerkte der Kanzler, er lenne die Däcke wohl. Es sei Vorsorge getroffen, daß die Staatsorganisationen Kredite für Betriebsleistungen geben. Bei mander Steuer handle es sich um Eingriffe in die Substanz; aber was bleibe von der Substanz der Wirtschaft, wenn sich die Substanz des Staates nicht erhalten lasse? Wer in dieser Zeit eine Sabotierung der Steuern organisiere, gehöre hinter Schloß und Riegel, aber die Steuern müßten vereinfacht und übersichtlicher werden. Den Vändern und Kommunen müsse man eine größere Selbständigkeit in der Erhebung von Steuern geben, wodurch die Beziehungen zwischen Vändern und Reich sich bessern. Die Befestigung des Verfalls der deutschen Währung sei abhängig von der außenpolitischen Lage und von der Lage der inneren Wirtschaft. Technische Mittel reichen nicht aus, die Folgen eines Wirtschaftszustandes gut zu machen, bei dem das Reich die gesamten Gehälter und Löhne und weitere Unterhaltungen beinahe des ganzen Rheinlandes und Ruhrgebietes aus der Staatskasse ohne die geringste produktive Gegenleistung zahlen muß.

Wir hätten längst ein wertbeständiges Geld schaffen müssen, um aus Spekulationen und Devisenhandlung herauszukommen. Auch die Vorauszahlung von Gehältern an Beamten würde damit auf eine ganz andere Grundlage gestellt. Wir wollen jetzt die Goldmark wieder schaffen in der Hoffnung, daß man dann auch wieder den Goldfrieden in Deutschland ehren lernt. Nach Schaffung der wertbeständigen Anleihe gibt es kein Recht mehr auf Devisenbesitz im deutschen Volk. Der Reichskanzler verwies dann auf die bevorstehende Arbeitslosigkeit in Deutschland. Es dürfe aber nur eine produktive Erwerbslosenfürsorge geben. Der Staat müsse das Recht haben, um Unterhaltungsbedürftigen die Arbeit zuzuwenden, deren der Staat bedarf. Zur Bekämpfung des Hausbrands im kommenden Winter ist eine Ueberstunde im Bergbau zu leisten und das Ertragnis daraus als Kohlen für den Winter den Bedürftigen zu geben. Dr. Stresemann wandte sich gegen jede Art von Schlemmerleben und betonte die Wichtigkeit der stiftlichen Kräfte für jeden Wiederaufstieg. Ein müde und arbeitsloses Eintommen in Deutschland gebe es nicht mehr. Deutschland müsse entweder das Volk der Arbeit sein oder untergehen. Bundesgenossen bekommt es nur, wenn die Welt draußen einseht, daß wir den Mut haben, vom Volk das zu fordern, was der Staat zum Leben braucht. Der Reichskanzler erinnerte weiterhin an die Probleme des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft im Ausland, die auch die Träger unvergänglicher Taten in den deutschen Kolonien waren. Frankreich und England erkennen heute an, was die Deutschen in den Kolonien geleistet haben. Zum Schluß begrüßte der Kanzler alle Redenden in Deutschland, die Auffassung über die Entkehung des Weltkrieges verbreiten wollen und forderte die Wahrheitsföcher aller Nationen zur Mitarbeit auf. Nach der Rede, die an zahlreichen Stellen von lebhaftem Beifall unterbrochen worden war, dankte der Staatspräsident dem Reichskanzler und schloß die Versammlung.

Rein Aufgeben des passiven Widerstandes.
Ueber die Besprechungen, die vor einigen Tagen zwischen dem Reichskanzler und den Abwehrbeauftragten des Ruhrgebietes, die sich aus den Spitzenvertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen zusammensetzten, hat die Presse erschienenen Mitteilungen, daß von einer Aufgabe des passiven Widerstandes seitens der Regierung nicht die Rede sein könne. Die Reichsregierung erwäge, ob und in wieweit es möglich ist, Werken, deren Produktion den Franzosen nicht zugute kommt, die Möglichkeit der Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme der Arbeit durch Zuteilung der nötigen Aufträge zu geben. Hierbei spreche der dringende Wunsch der Reichsregierung mit, der in Folge langer Feiern der Betriebe wachsenden Demoralisationsgefahr entgegenzutreten. Ferner sei die Regierung eifrig bemüht, die durch den Mangel an Lebensmitteln entstandenen Leiden der Ruhrbevölkerung zu lindern. Für die Wahl der Mittel zur Durchführung dieser Absicht sei den lokalen Stellen eine ziemlich weitgehende Elastizität zugestanden.

Lord Curzon bei Poincaré.
Paris, 2. Sept. Havas meldet: Lord Curzon hatte gestern abend Poincaré einen kurzen Besuch ab. Die Unterredung dauerte etwa 20 Minuten. Poincaré entließ ihn mit dem Wunsch, daß er die Unterhaltung nicht länger ausdehnen könne, er mit dem Abendzug nach Treauvier abreißen müsse, wo er die Vorbereitungen für die Jahreshauptversammlung der Union der französischen Völker müsse. Der Besuch Curzons war übrigens nach dem Scheinend lediglich darauf Wert, vor seiner Weiterreise nach London den Leiter der französischen Regierung zu beglückwünschen nach Davos möglich, daß im Laufe der Unterhaltung die Fragen der Reparationen, der Ruhrbesetzung und der italienisch-griechischen Krise, wenn auch nur einen Augenblick, berührt wurden. Die Unterhaltung war sehr freundschaftlich. Hinsichtlich der knappen Zeit, die den Staatsmännern zur Verfügung stand, sei es verständlich, daß kein bedeutendes Gespräch geführt werden konnte. Nach dem „Matin“ schmeint die französische Staatsmänner die meisten der schwerwiegenden Probleme mit denen sich die beiden Regierungen gegenwärtig beschäftigen müssen, ohne daß sie Ruhe gehabt hätten, auf irgend einen Gegenstand näher einzugehen. Der Aufenthalt Curzons in Paris werde anscheinend nur sehr kurz sein. Eine Begegnung zwischen Baldwin und Poincaré liegt nach dem „Matin“ mehr denn je im Bereiche des Möglichen.

Der italienisch-griechische Konflikt.
Paris, 2. Sept. Der Agence Havas zufolge meldet die „Chicago Tribune“ aus Rom, daß gestern um Mitternacht ein maßgebender Seite mitgeteilt worden sei, daß die italienische Regierung in dem italienisch-griechischen Konflikt den Schritt Spruch des Völkerbundes nicht annehmen werde. Dehlanzinstanzen seien dem italienischen Delegierten in Genoa telegraphisch übermittelt worden. Die Gründe für diese Entscheidung seien in erster Linie die, daß Italien nicht die Gefahr habe, Griechenland den Krieg zu erklären, und weiter, daß der Völkerbund für ein Eingreifen in die Angelegenheit nicht zuständig sei, da die gegenwärtige griechische Regierung aus dem Völkerbund nicht anerkannt worden sei.
Rom, 2. Sept. Ein an Ort und Stelle entlassener Telegraphenreporter des „Giornale d'Italia“ konnte eine Reihe von Aussagen machen, auf Grund deren er behaupten zu können glaubt, daß die Verantwortung für die Ermordung der italienischen Mitglieder der Grenzfestsetzungskommission bei den griechischen Militärmission liegt. Der Berichterstatter weist die Differenzen zwischen dem General Tellini und dem Oberbefehlshaber Vostaris hin und sagt diesen der Witschuld und Mordanschlag bei dem Verbrechen an. Der Berichterstatter meldet weiter, daß der albanische Delegierte Berati, der unzureichend wurde, er den Kraftwagen der italienischen Delegation nicht lassen sah, von einem griechischen Offizier verhindert wurde, die italienischen Delegation in der Richtung nach Devinal entgegenzugeben.

Athen, 3. Sept. Die griechische Antwort auf die Anfrage der Botschafterkonferenz ist gestern mittag dem französischen Botschafter übergeben worden. Die Antwortnote enthält eine Untersuchung durch eine internationale Kommission zu der die Verantwortung für den italienisch-griechischen Konflikt zu stellen soll. Die Note schließt mit der Erklärung, daß Griechenland sich jeder Entscheidung der Botschafterkonferenz in der Frage der Wiedergutmachung unterwerfen werde.
Athen, 1. Sept. Der Ministerpräsident Sarantis erklärte, daß die Besetzung Korfu als eine deutlich feindselige Handlung betrachtet werde trotz der Erklärung des italienischen Völkerbundes. Sarantis fügte hinzu, daß er den Streik der Lehrkräfte unterbreitet habe, und daß auf die zweite italienische Note keine Antwort gegeben werden soll. — Nach Athen aus Korfu wurden in der dortigen Polizeistelle, die zur Verbringung von Flüchtlingen dient, mehrere Personen im italienische Gefolge getötet. Das Gebäude wurde eingestürzt und Jamina berichtet, daß Albanien seine Grenzen an der albanisch-albanischen Grenze verläßt und den Uebertritt aus einem in das andere Land verboten hat.

Nachreichung der Meßgeräte.

Im Oberamtsbezirk ist dieses Jahr wieder die regelmäßige Nachreichung fällig. Sie wird in den nachstehend aufgeführten Gemeinden voraussichtlich vom 27. August bis 25. September ds. J. von einem Beamten des Eichamts Calw vorgenommen werden. Den genauen Zeitpunkt der Nachreichung wird der Beamte den Schulheißendämtern unmittelbar mitteilen.

Der Pflicht zur Nachreichung unterliegen alle im Jahre 1921 oder früher geeichten Maße, Gewichte, Wagen und Meßwerkzeuge einschließlich der Meßgeräte der Landwirte, die zur Messen und Wägen im öffentlichen Verkehr zur Bestimmung des Umfangs von Leistungen benötigt oder auch nur bereit gehalten werden. Die Nachreichung der Fässer und Herbitgefahrte findet unabhängig davon das ganze Jahr hindurch an den ständigen Fährnebenstellen des Bezirks statt.

Die Ortsvorsteher werden ersucht, den für das Eichgeschäft erforderlichen Raum mit der nötigen Einrichtung (mindestens 2 Tische und 1 Holzschlagblock), sowie den feinerzeit angekauften Normalgewichtsfäß auf den Beginn der Nachreichung bereit zu stellen und wenn erforderlich für Heizung des Raums zu sorgen. Um eine rasche und ungehinderte Abwicklung des Eichgeschäftes zu ermöglichen, ist es weiterhin notwendig, den Eichbeamten bei der Durchführung der Nachreichung tatkräftig zu unterstützen, ihm während der Dauer der Nachreichung den Amtsdienst oder eine andere geeignete Hilfskraft zur Verfügung zu stellen und außerdem die Besitzer nachreichspflichtiger Gegenstände durch ortsübliche Bekanntmachung auf die Nachreichung hinzuweisen und sie aufzufordern, ihre Meßgeräte in gut gereinigtem Zustand und rechtzeitig zur Nachreichung vorzulegen. Auf den Runderlaß vom 27. 1. 1921 Nr. E 191 betr. Durchführung der Maß- und Gewichtsordnung wird hingewiesen.

Die Nachreichung wird in folgenden Gemeinden stattfinden: Loffenau, Perrenalb, Döbel, Dennach, Waldbrennach, Engelsbrand, Grumbach, Salmbach, Langenbrand, Schömbach, Calmbach, Igelloch, Beinberg, Matzenbach, Oberlengenhardt, Unterlengenhardt, Schwarzenberg, Bieselberg und Kapfenhardt.

Neuenbürg, den 31. August 1923.
Oberamt:
Ammann Hedel, A. B.

Wärrt.

Jorkamt Langenbrand.

Nadel-Stammholz-

Verkauf

am Samstag, den 15. September, vorm. 9 1/2 Uhr, in Waldrennach, Gasthaus zum „Rögle“ aus Staatswald I, II, III, IV, V, VI: 4241 Stück Hf. und La.-Langholz mit Fm.: 57 I., 299 II., 917 III., 666 IV., 309 V., 124 VI. Kl. Säg.: 14 I., 22 II., 10 III. Kl. Losverzeichnis von der Forstdirektion, OfD., Stuttgart.

Höfen a. Enz.

Mädchen-Gesuch.

Ein ordentliches Mädchen für die Küche sucht bei gutem Verdienst
C. Lustmayer z. „Ochsen“.

Ältere Dame sucht Winter-Aufenthalt in Wildbad.

Angebote mit Preisangabe unter Nr. 60 an die „Enztaler“-Geschäftsstelle.

Neuenbürg.

Geschäfts-

Schreibkalender

für Forstbeamte empfiehlt solange Vorrat C. Meeh'sche Buchdruckerei, Inh.: D. Strom.

Komme nächster Tage nach Neuenbürg und laufe zu sehr hohen Preisen alte Gebisse, Alt-Gold und -Silber, sowie Schmuckfächer.

Spreche im Hause vor und erbitte Adressen an die „Enztaler“-Geschäftsstelle.

C. Wolf, Edelmetalle, Pforzheim.

Konto-Büchlein empfiehlt C. Meeh'sche Buchhandlung.

Döbel.

Gebrauchte Nähmaschine verkauft Otto Schöpfer.

Pforzheimer Gold-Ankaufstelle

kauft Gold, Silber, Platin in Barren und fein, sowie alte Schmuckfächer zum Einkassieren, Rosen und Brillanten, ferner Gold- und Silbermünzen, in- und ausländische.

Edelmetall-Handlung A. Meisch, Pforzheim, Baisenhausplatz 4, Tel. 3468.

Nutzholz-Verkauf.

Das Badische Jorkamt Mittelberg in Eilsberg verkauft freihändig unter Vorbehalt der Zuschlagsfrist gegen Vorzahlung innerhalb 5 Tagen aus dem Staatswald distrikt II, V und VI rund 610 Festm. Nadelholz und Kiefern aller Klassen und 2,45 Fm. Eichenkämme in 7 Losen. Schriftliche Angebote in Pforzheim den neuen Bad. Grundpreise vom 20. 8. 23. bis Mittwoch den 12. September, nachmittags 5 Uhr, erbeten.

Losverzeichnis und nähere Auskunft durch das Jorkamt gegen Vereinstendung von 100000 Mark.

Fußball-Verein Neuenbürg

(E. S.) Verein für Rasenspiele und Leibesübungen. — Mitglied des Süddeutschen Fußball-Verbandes.

Am Samstag, den 8. September, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus z. „Ginnet“ die jährliche General-Versammlung statt. Anträge zur Generalversammlung bis spätestens Freitag, den 7. September schriftlich beim 1. Vorsitzenden eingereicht.

Tages-Ordnung:

- 1) Jahresbericht des 1. Vorsitzenden.
- 2) Kassenbericht.
- 3) Entlastung und Neuwahlen.
- 4) Verschiedenes.

Um eine rasche Abwicklung der Tagesordnung beteiligten zu können, werden die Mitglieder ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Die Spieler-Sigung am Freitag, den 7. 9. 23 aus. Die Mannschaften werden nach der Generalversammlung verlesen.

Der Aufsicht.

Visitenkarten

liefert rasch und billig die C. Meeh'sche Buchdruckerei.